



April 2016

Jabin T. Jacob

Wirtschaft im Abschwung? Asiens Blick auf China

Für seine Nachbarn ist es unvorstellbar, dass selbst ein vom wirtschaftlichen Abschwung empfindlich geschwächtes China, wie auch immer man „Abschwung“ oder „geschwächt“ definieren mag, in Asien kein bedeutender politischer oder militärischer Akteur mehr sein sollte.

Wenn der Konjunkturrückgang in China tatsächlich etwa um 2011 eingesetzt hat, dann haben 2012 der Machtantritt Xi Jinpings und der so genannten Fünftens Führungsgeneration einige bedeutende Veränderungen in Gang gesetzt: Die Weichen dazu stellte der 18. Parteikongress der Kommunistischen Partei China (KPC) sowohl in der Innen- und Außenpolitik sowie in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik.

Zum einen scheinen nach der Amtszeit von Hu Jintao und Wen Jiabao, die viele Chinesen heute als „verlorenes Jahrzehnt“ bezeichnen, stärkere Impulse erkenn-

bar zu sein, innenpolitische Reformen umzusetzen. Deutlich wird das zum Beispiel durch die anhaltende Kampagne zur Korruptionsbekämpfung, in einem Aufruf bei der dritten Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPC 2013, die Märkte eine „entscheidende Rolle“ spielen zu lassen oder auch in der Ankündigung, die Volksbefreiungsarmee umzustrukturieren.

Zum anderen hat die chinesische Führung inzwischen auch in der Außenpolitik die Ratschläge Deng Xiaopings aufgegeben, wie etwa „den rechten Augenblick abzuwarten“, „Fähigkeiten zu verbergen“ oder „nie die Führung zu beanspruchen“. Das zeigt sich in verschiedenen Entwicklungen: am energischeren Auftreten Chinas bei den territorialen Konflikten im Ost- und Südchinesischen Meer; an Beijings Bereitschaft, in den bestehenden multilateralen Organisationen eine aktive Rolle zu übernehmen und gleichzeitig neue

Jabin T. Jacob ist Assistant Director und Fellow am Institute of Chinese Studies (ICS) in Delhi, Indien.

Organisationen wie die Neue Entwicklungsbank der BRICS-Staaten und die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) ins Leben zu rufen; und schließlich an neuen Projekten wie der chinesischen Seidenstraßen-Initiative „One Belt, One Road“ (OBOR).

Chinas asiatische Nachbarn sind gerade von den letztgenannten Entwicklungen unmittelbar betroffen. Ob sich diese trotz oder wegen des Abschwungs eingestellt haben – die OBOR-Initiative beispielsweise soll Chinas Überkapazitäten in den Bereichen Industrie und Infrastruktur ins Ausland verlagern –, ist für die Nachbarstaaten eher unerheblich, denn sie sehen darin sowohl positive als auch negative Aspekte.

So schwierig es für China ist, die Balance zwischen seinen regionalen und globalen Interessen auszutarieren und den Eindruck einer entstehenden Hegemonialmacht zu vermeiden, so schwierig ist es für seine Nachbarn, an Chinas wirtschaftlicher Leistung und Freigiebigkeit teilzuhaben und gleichzeitig den daraus resultierenden politischen und insbesondere sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Dieser Policy Brief betrachtet das Verhältnis einiger wichtiger asiatischer Länder zu China im Kontext der zentralen Bedeutung der chinesischen Wirtschaft für das Wachstum des Kontinents und in Bezug auf das militärische Durchsetzungsvermögen Chinas in der Region.

Chinas ungebrochene wirtschaftliche Macht

Indien ist Chinas bedeutendster Rivale in Asien, was die schiere Größe und die potenzielle Konkurrenz um die Führungsrolle angeht. In Indien gehen die Meinungen darüber auseinander, ob die chinesische Wirtschaftsschwäche sich auf den Subkontinent auswirkt oder nicht. Im November 2015 erklärte der indische Zentralbankchef Raghuram Rajan, dass der chinesische Abschwung wegen der günstigeren Rohstoffpreise für Indien zwar in gewisser Weise positiv sei, jedoch auch die Nachfrage nach indischen Exportprodukten verringert habe. Er widersprach damit Finanzminister Arun Jaitley, der einen Monat zuvor erklärt hatte, sein Land sei von der chinesischen Konjunkturschwäche nicht beeinträchtigt, da es nicht zur chinesischen Lieferkette gehöre. Rajan ist im Gegensatz zu Jaitley der Auffassung, Indien sei durch die enge Einbindung in die Weltwirtschaft sehr wohl „von der Rezession in China nachteilig betroffen“. Zuvor hatte Premierminister Narendra Modi selbst die indische Industrie aufgerufen, sich

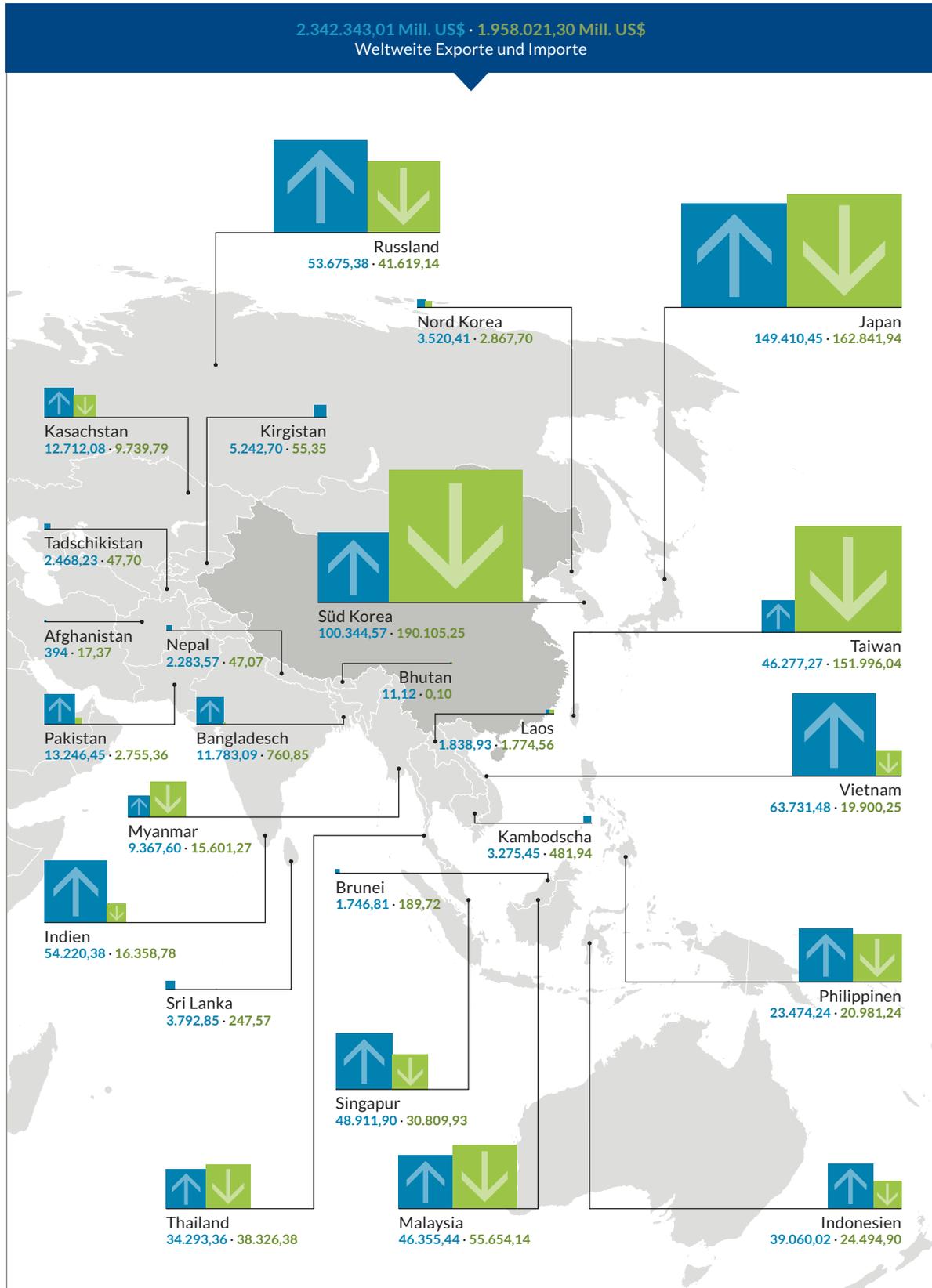
neue Möglichkeiten zu erschließen, sowohl auf dem chinesischen Markt als auch durch die Überwindung eigener Probleme.

Allerdings ist der indische Fertigungssektor derzeit noch weit davon entfernt, die durch die chinesischen Wirtschaftsprobleme nach der Renminbi-Abwertung im August entstandene Lücke für sich zu nutzen. Zudem verlangt die Industrie von der indischen Regierung, die Zinssätze zu senken und Antidumpingzölle gegen chinesische Produkte einzuführen. Diese Forderungen spiegeln Chinas höchst unbeständiges Bekenntnis zur „zentralen Rolle der Märkte“ bei der Allokation von Ressourcen wider, wie es auf der oben erwähnten dritten Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPC verkündet wurde. Ein Streitpunkt sind insbesondere Chinas anhaltende Eingriffe in die Devisenmärkte zur Stützung des Renminbi-Kurses. Zwar bedürfen beide Volkswirtschaften dringend tiefgreifender Strukturreformen, doch verschärfen diese protektionistischen Tendenzen inzwischen auch die politischen Spannungen.

Einen Schwerpunkt in den Beziehungen zu China bildet seit dem Amtsantritt von Premierminister Modi Mitte 2014 das Bemühen, chinesische Investitionen in Indien zu steigern, vor allem in wichtigen Sektoren wie dem Straßen- und Schienennetz. Zugleich sollen chinesische Investoren das Aushängeschild der Regierung Modi, die Kampagne „Make in India“ unterstützen, die auf die Förderung der Produktion in- und ausländischer Firmen in Indien zielt. Eine Weile schien es sogar, als würde die Bonhomie in den chinesisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen wiederaufleben, wie zu Beginn dieses Jahrtausends. In jenen Jahren, als der wirtschaftliche Austausch zu florieren begann, erzielte Indien zunächst Handelsüberschüsse, die sich jedoch schon bald in anhaltende Handelsdefizite verkehrten. Die Ursache hierfür liegt in einem unausgewogenen Handel, bei dem Indien vor allem Rohstoffe und Verbrauchsgüter exportiert und Fertigprodukte aus China importiert.

Die chinesischen Investitionen in Indien sind gestiegen: von 16 Mio. USD im Jahr 2007 auf 243 Mio. USD an nichtfinanziellen Investitionen und an realisierten indischen Auftragsprojekten im Wert von 41,06 Mrd. USD im Jahr 2014; die indischen Investitionen in China erhöhten sich von 52 Mio. USD im Jahr 2006 auf 564 Mio. USD im Jahr 2014. Für indische Unternehmen ist es jedoch aufgrund vielfältiger nichttarifärer Handelshemmnisse schwierig, in China Aufträge zu erhalten. Hierzu gehört u. a. das undurchsichtige Rechtssystem,

Chinesische Exporte und Importe in Asien



↑ Exporte in Millionen US\$ ↓ Importe in Millionen US\$

Quelle: UNTADSTAT International Trade 2016

| BertelsmannStiftung

das insbesondere indische Pharma- und IT-Firmen behindert. Im Gegensatz dazu sind chinesische Privatunternehmen für junge Technologieunternehmen in Indien zu bedeutenden Investoren geworden, beispielsweise Alibaba bei Paytm und Snapdeal und Didi Kuaidi bei Ola.

Dies wiederum hat in indischen Politik- und Sicherheitskreisen ein weitverbreitetes Misstrauen gegenüber China verstärkt. Auch Modi hat – ungeachtet seiner früheren Erfolge bei der Akquisition chinesischer Investoren als Ministerpräsident von Gujarat – bislang weder am Handelsdefizit noch am wachsenden Misstrauen viel ändern können. Anlässlich der Indien-Reise Xi Jinpings im September 2014 waren vor allem die Erwartungen der Wirtschaft hoch. Der chinesische Generalkonsul in Mumbai hatte sogar großspurig angekündigt, die potenziellen Investitionen in Indien würden sich auf 100 Mrd. USD belaufen. Das Ergebnis des Besuchs waren aber lediglich Zusagen in Höhe von 20 Mrd. USD. Dagegen betrug die bei Xis Besuch in Pakistan im April 2015 gemachten Investitionszusagen mehr als das Doppelte. Bislang gibt es, trotz dreier Gewerbegebiete, die speziell für chinesische Investoren in Indien in Vorbereitung sind, in dieser Hinsicht noch sehr wenig Bewegung.

Schaut man nach **Südasiens** und speziell auf **Sri Lanka**, gewinnt man den Eindruck, dass die Beziehungen zu China gut sind. Obwohl der chinafreundliche Präsident Mahinda Rajapaksa 2015 sein Amt verlor, scheint das Colombo Port City-Projekt, eine große chinesische Initiative und die bedeutendste Auslandsinvestition in Sri Lanka, unter Amtsnachfolger Maithripala Sirisena wieder in Gang gekommen zu sein. Die Bedeutung Chinas für die Wirtschaft des Landes lässt sich daran ermesen, dass im Wahlkampf sogar die oppositionelle United National Party erklärte, ihre versprochene Überprüfung aller großen Infrastrukturvorhaben auf Unregelmäßigkeiten bedeute nicht, dass es „Bedenken oder Meinungsverschiedenheiten mit China“ gebe. Vielmehr betrachte man China als „guten Freund“. Diese Haltung herrscht auch in der Wirtschaftselite vor. So erklärte beispielsweise die Ceylon Chamber of Commerce nach den Wahlen, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der sri-lankischen Wirtschaft einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen nicht nur mit Indien, sondern auch mit China erfordere und zwar durch ein Freihandelsabkommen. Die indische Industrie dagegen ist vehement gegen das chinesische Ansinnen eines Freihandelsabkommens mit Indien.

Im Falle **Südostasiens** ist die enge Verzahnung der Region mit China, was Produktion und Wertschöpfungsketten angeht, hinreichend bekannt. Besonders deutlich aber werden die chinesischen Stärken, wenn man die Beziehungen zu **Vietnam** betrachtet. Obwohl die beiden Länder heftig über die Paracel- und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer streiten, ist China heute Vietnams größter Handelspartner und dort der neuntgrößte Investor. Der bilaterale Handel stieg von 58,5 Mrd. USD im Jahr 2014 auf 83,6 Mrd. USD im Februar 2016. Rund zehn Prozent der vietnamesischen Exporte – in der Hauptsache Lebensmittel und Rohstoffe – gehen nach China. China ist ferner Vietnams fünftgrößter Geber von internationaler Entwicklungshilfe: Diese belief sich bis zum Juni 2015 (einschließlich Vorzugsdarlehen) auf insgesamt mehr als 395 Mio. USD, wobei der größte Teil in den Bau eines Schnellbahnprojekts in Hanoi floss.

Ähnlich wie in Indien stieg das vietnamesische Handelsbilanzdefizit gegenüber China erheblich, nämlich von 190 Mio. USD im Jahr 2011 auf 32,3 Mrd. USD im Jahr 2015 bzw. 43,8 Mrd. USD bis Februar 2016, ohne dass eine Trendumkehr in Sicht ist. Für seine Industrieerzeugnisse ist Vietnam bei vielen Rohstoffen auf China angewiesen. Zudem steht es unter Druck, weil China ein großer Abnehmer seiner Agrarprodukte ist. China ist der größte Käufer von vietnamesischem Reis, weshalb im Jahr 2015 strengere Grenzkontrollen der Chinesen zeitweilig dazu führten, dass die vietnamesischen Reisexporte zurückgingen. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass Vietnam seine Möglichkeiten zu erweitern suchte, indem es im Februar 2016 das Abkommen zur US-geführten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) unterzeichnete.

Japan pflegt ebenfalls stabile Wirtschaftsbeziehungen mit China, auch wenn es in Zeiten außenpolitischer Unzufriedenheit in China seit Jahrzehnten immer wieder zu Angriffen auf japanische Produkte und Unternehmensniederlassungen kommt. Der bilaterale Handel war 2014 mit einem Wert von ungefähr 340 Mrd. USD der drittgrößte der Welt. Chinas Hinwendung zu hochwertigerer Fertigung und einem umweltfreundlicheren Wachstumsmodell wird sich auf japanische Hochtechnologie-Transfers stützen müssen. Dies allerdings ist auch eine Frage des politischen Vertrauens zwischen beiden Staaten – wovon derzeit recht wenig zu sehen ist.

Inzwischen löst die Tatsache, dass Chinas Volkswirtschaft die japanische als zweitgrößte der Welt überholt hat – und das in Zeiten des Abschwungs –, bei vielen

Japanern Ängste aus und veranlasst sie, die politische und wirtschaftliche Ausrichtung ihres Landes zu überdenken. Wie im Falle Vietnams weisen einige chinesische Beobachter darauf hin, dass Japan in gewisser Weise von China abhängig ist: durch die „entscheidende Rolle“, die China für die Erfolgsaussichten japanischer Unternehmen spielt und durch den Beitrag, den chinesische Touristen zur Wiederankurbelung der lahrenden japanischen Wirtschaft leisten.

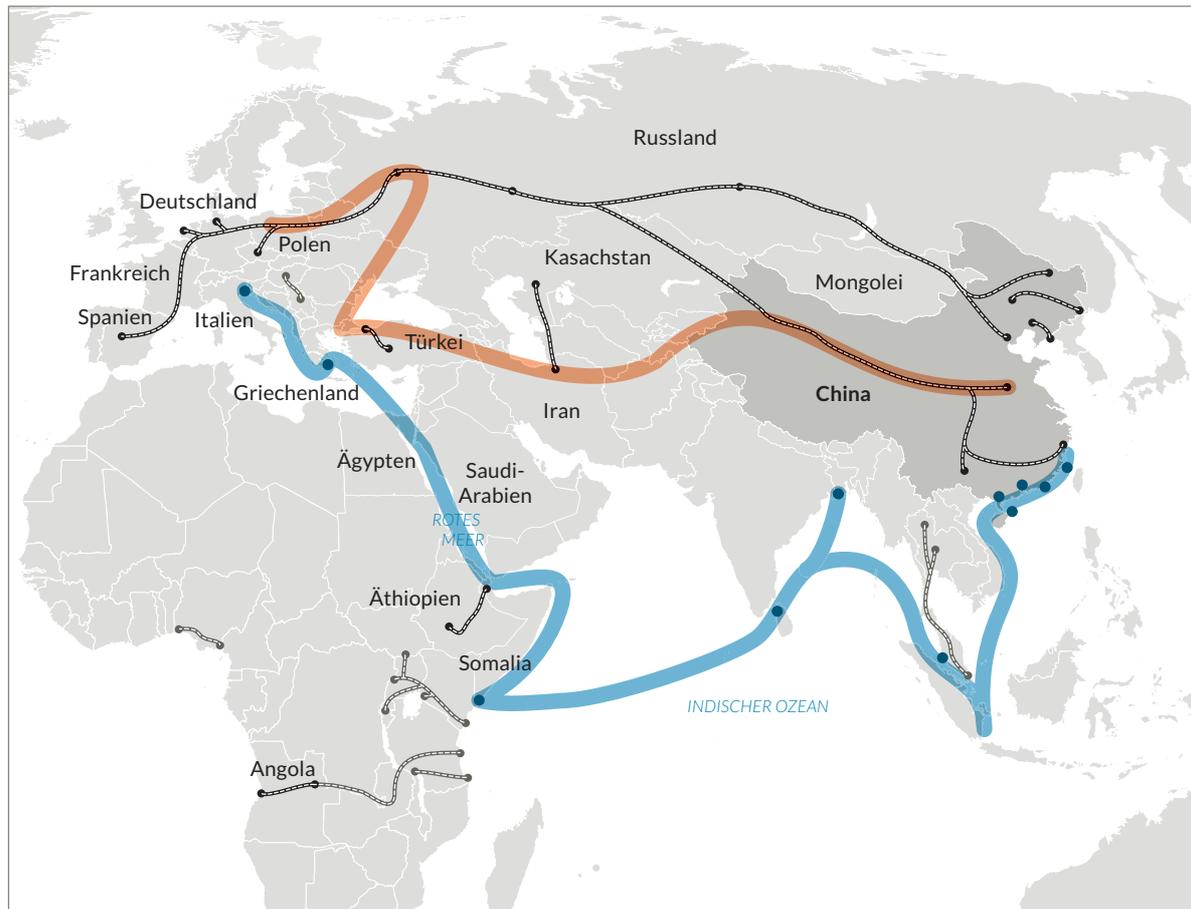
Gleichwohl haben die Veränderungen in China – ob als Ergebnis bewusster Gestaltung oder als Folge des wirtschaftlichen Abschwungs – auch japanische Hersteller dazu gezwungen, ihre Produktion aus China in Länder mit geringeren Lohn- und Produktionskosten zu verlagern. Und nach mehreren Jahrzehnten außenpolitischer Verschiebungen in der Region nutzt auch Japan unter Premierminister Shinzo Abe diese ökonomische Notwendigkeit, um seine frühere Bedeutung im asiatischen Machtgefüge wiederzuer-

langen, indem es mehr Aufmerksamkeit und Investitionen auf Südostasien und Schwellenländer wie Indien richtet.

„One Belt, One Road“ (OBOR)

Chinas selbstbewusstes Auftreten und seine Kreativität angesichts des Abschwungs manifestieren sich auch in der Initiative „One Belt, One Road“ (OBOR), die dem Ausbau von Infrastruktur und Investitionen dienen soll. Dieses Vorhaben hat dazu beigetragen, in vielen Ländern die Opposition gegen China zu spalten und Anreize zu schaffen, die Beziehungen zu China auszubauen. In Indien beispielsweise betrachten viele Politiker die OBOR-Initiative mit großem Argwohn als eine Art trojanisches Pferd mit potenziellen sicherheitspolitischen Folgen hinsichtlich seiner Verbindungen zu den Nachbarn; andererseits weisen viele Beobachter auf die Beteiligung Indiens an der Asiatischen

Die Seidenstraßen-Initiative „One Belt, On Road“



● Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel ● Maritime Seidenstraße — Eisenbahnlinien — Geplante oder im Bau befindliche Eisenbahnlinien ● Häfen

Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) hin und fordern die Regierung zu einem kreativeren und flexibleren Verhalten auf. Indiens Nachbarn hingegen glauben an die Vorzüge des chinesischen Plans einer „neuen Seidenstraße“ als „innovativer Form weltweiter Kooperation“ und als Quelle „inklusive Wachstums“.

Pakistan zieht vermutlich den größten Nutzen aus Chinas wirtschaftlicher Freigiebigkeit. Der chinesisches-pakistanische Wirtschaftskorridor, vereinbart bei Xi Jinpings Besuch in Islamabad im April 2015, wird mit rund 46 Mrd. USD veranschlagt, wobei Vereinbarungen in Höhe von 28 Mrd. für den Bau von Straßen, Häfen und Kraftwerken vorgesehen sind. Die Begeisterung über das in Aussicht gestellte chinesische Engagement war bei den meisten Pakistani so groß, dass sie untereinander über den genauen Verlauf des Wirtschaftskorridors in Streit gerieten, weil einige von ihnen sich von den erhofften Wohltaten ausgeschlossen sahen. Die Rebellen in Belutschistan dagegen betrachten den Korridor inzwischen als Auswuchs des pakistanischen Kolonialismus und drohen mit Störmanövern.

In **Bangladesch** hat China ebenfalls verschiedene Konstruktions- und Infrastrukturprojekte zugesagt: von Brücken und Eisenbahnen bis hin zu Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen. Hierzu gehört auch der Bau einer Brücke über den Padma im Südwesten des Landes, der sich auf 1,2 Prozent des bangladeschischen BIP belaufen soll. In **Sri Lanka** kommen zum Colombo Port City-Projekt weitere Großinvestitionen hinzu, etwa ein Kohlekraftwerk für 1,3 Mrd. USD und ein Highway für 1 Mrd. USD.

Viele dieser Pläne wurden zwar bereits vor der OBOR-Initiative angekündigt, laufen heute aber unter dieser Überschrift; ebenso wie der Bangladesch-China-Indien-Myanmar-Wirtschaftskorridor (BCIM-Korridor), den der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang bei seinem Indien-Besuch im Mai 2013 verkündet hatte. OBOR, daran ist zu erinnern, wurde erstmals im September 2013 von Xi Jinping offiziell erwähnt. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass die Begeisterung der indischen Regierung für den BCIM-Wirtschaftskorridor seitdem beträchtlich abgekühlt ist.

Auch in **Südostasien** hegt man gemischte Gefühle in Bezug auf OBOR, insbesondere hinsichtlich der „maritimen Seidenstraße“ („Maritime Silk Road“). Es ist ein Ausdruck des bemerkenswerten chinesischen Selbstvertrauens, dass China solche Ideen selbst in Zeiten propagiert, wo die Konflikte mit mehreren

ASEAN-Ländern über das Südchinesische Meer weiter schwelen. Denn es kann den ASEAN-Staaten nicht entgangen sein, dass Pekings Initiative sie in eine noch engere ökonomische und strategische Umrangung Chinas ziehen soll – wobei China de facto einen alten ASEAN-Plan aus dem Jahr 2011 („ASEAN Master Plan on Connectivity“) erneut ins Spiel bringt.

Ist der Argwohn **Vietnams** leicht nachvollziehbar, so ist doch bemerkenswert, dass der **indonesische** Staatspräsident Joko Widodo einen eigenen Plan vorlegte, der sein Land, wie er es ausdrückt, zu einem „globalen maritimen Drehpunkt“ machen soll. Dieser Plan ist ähnlich wie OBOR eine strategische Wirtschaftsinitiative, wurde jedoch von chinesischen Beobachtern kaum zur Kenntnis genommen, auch wenn man im Regierungsapparat bemüht war, auf die Parallelen zwischen der indonesischen Initiative und der chinesischen maritimen Seidenstraße hinzuweisen. Was jedoch den regionalen oder globalen Wiedererkennungswert angeht, so gewinnt der chinesische Plan spielend. Das kann nicht überraschen: Chinas Vorhaben ist vor dem Hintergrund einer starken Wirtschaft zu sehen und verheißt anderen Ländern greifbare Vorteile, wohingegen der indonesische Plan nach wie vor lediglich durch das Streben nach einer bedeutenderen wirtschaftlichen und politischen Rolle motiviert ist und zudem mit dem Problem fehlender eigener Kapazitäten zu kämpfen hat.

Gebietskonflikte und zunehmende militärische Präsenz

Mehr als alles andere sorgt Chinas energisches Auftreten im Ost- und Südchinesischen Meer bei vielen seiner Nachbarn für den Eindruck, dass das Land – Abschwung hin oder her – nach wie vor eine Großmacht, ja eine Bedrohung ist, mit der man rechnen muss. In vielen Ländern wie Indien und Japan bestätigt dies bloß bestehende Befürchtungen, während die ASEAN-Staaten infolge des zweischneidigen chinesischen Vorgehens gespalten sind.

Die Erklärungen der Vorsitzenden bei den ASEAN-Gipfeln der letzten Jahre haben immer wieder Bedenken über die Konflikte im Südchinesischen Meer zum Ausdruck gebracht und China indirekt, wenn auch in unterschiedlicher Heftigkeit, kritisiert. Zwar rüstet Vietnam weiterhin auf, geht jedoch nicht so weit wie die Philippinen, die ein internationales Schiedsverfahren eingeleitet haben; gleichwohl ist China nicht bereit, an dem Verfahren mitzuwirken.

Trotz der chinesischen Provokationen: Viele südostasiatische Länder wollen auch kein Wiedererstarken des japanischen Militärs oder zu enge Bande mit den Vereinigten Staaten, sofern diese Allianz von derselben Diskrepanz zwischen Worten und Taten wie bei den Chinesen gekennzeichnet wäre. Obwohl die USA in jüngster Zeit Manöver im Südchinesischen Meer durchführen, um die „Freiheit der Schifffahrt“ zu akzentuieren, ergreifen sie in den Gebietskonflikten nicht Partei. Weder die USA noch andere Mächte werden in der Lage sein, China von seinen immer wieder erhobenen Ansprüchen abzubringen. Ebenso wenig sind die Südasiaten daran interessiert, Konflikte herbeizuführen, von denen nicht nur ihre Volkswirtschaften, sondern auch die Stabilität der herrschenden Regime in vielen anderen Ländern betroffen wären.

In Japan hat die rasante militärische Modernisierung Chinas, die nun schon seit Jahrzehnten von zweistelligen Haushaltszuwächsen gespeist wird, Bestürzung ausgelöst. Als Reaktion stieß die japanische Regierung verschiedene Maßnahmen an, um die verfassungsmäßigen Einschränkungen für den Einsatz der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte zu umgehen. Die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates 2013 und in der Folge mehrere Gesetzesänderungen gehen implizit auf die chinesische Bedrohung zurück.

Zwar machen chinesische Rüstungsgüter nur einen kleineren Teil des südostasiatischen Waffenhandels aus, doch die Lizenzierung und der Kauf chinesischer Waffen beanspruchen in mehreren Ländern Südasiens, insbesondere in Pakistan, einen erheblichen Anteil des Haushalts und sind darüber hinaus ein wichtiges Instrument der Außenpolitik. Die Ursachen dafür liegen zum einen in der Geschichte der indischen Vorherrschaft und seines bisweilen unerträglichen Verhaltens gegenüber seinen kleineren Nachbarn; zum anderen herrschen zwischen China und Indien bereits seit einem kurzen Grenzkonflikt 1962 Argwohn und Rivalität.

Als Gegenspieler Indiens wird China deshalb in verschiedenen Regionen und Ländern Südasiens als möglicher Freund oder Verbündeter gegen die indischen Pressionen begriffen. Indien hat hierauf sowie auf chinesische Übergriffe entlang der immer noch umstrittenen Grenze mit dem Beschluss reagiert, eine neue Gebirgstruppe aufzustellen, die gegen China gerichtet ist. Zudem will das Land die militärischen Beziehungen mit Japan und den USA ausbauen, insbesondere bei der Marine. Indien hat auch das unangekündigte Auftauchen chinesischer

Unterseeboote in Sri Lanka 2014 nicht freundlich aufgenommen, wodurch sich die Opposition gegen die damalige Regierung Rajapaksa verfestigte.

Chinas Wirtschaftsabschwung scheint weder seine nach außen gerichteten militärischen Ambitionen beeinträchtigt zu haben noch sein Verlangen, eindrucksvolle Truppenparaden abzuhalten. Eine solche hat das Land im August 2015 zur Feier des Sieges über Japan und den Faschismus im Zweiten Weltkrieg organisiert. Mehrere asiatische Länder entsandten ihre Regierungschefs oder ließen ihre Truppen mitparadieren. Aus Kambodscha und Laos kamen sowohl Militäreinheiten als auch die Staatshäupter, ebenso aus Russland, der Mongolei, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Pakistan. Selbst Vietnam entsandte seinen Präsidenten. Für diese wie für andere Länder war es ohne Zweifel eine Gelegenheit, Dankbarkeit für die chinesische Großzügigkeit zum Ausdruck zu bringen und zugleich Interesse an weiteren Zuwendungen zu bekunden.

Fazit

Niemand will „den Schnellzug der Entwicklung Chinas verpassen“ – so beschrieb ein Mitarbeiter eines chinesischen Think-Tanks in einem Vortrag über die chinesisch-srilankischen Beziehungen die Lage. Zudem mögen die Chinesen, was etwa Pakistan angeht, sogar Anerkennung dafür verdienen, die Entwicklung in einer solch instabilen Region zu fördern. Dennoch weckt Chinas harte Linie in den Gebietskonflikten und die eklatante Missachtung internationalen Rechts Argwohn: Dienen Chinas Programme zur Wirtschaftsentwicklung im Rahmen von OBOR letztlich dazu, seine eigentlichen politischen und sicherheitspolitischen Ziele zu verschleiern?

Insgesamt scheint der wirtschaftliche Abschwung in China das Interesse des Landes am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern überhaupt nicht zu beeinträchtigen; ebenso nicht die Bereitschaft Chinas, in den Gebietskonflikten der Region mit militärischer Stärke zu drohen. Im Gegenteil: Sollte sich die Rezession verschärfen, könnte sich die chinesische Führung noch mehr auf militärische Drohungen stützen, um Nationalismus zu schüren und so von innenpolitischen Problemen abzulenken.

Chinas asiatische Nachbarn wären davon nicht überrascht.

Weiterführende Literatur:

Jabin T. Jacob. „China in Southeast Asia: The Search for a Chinese Model of International Relations“. Special Issue: China and Southeast Asia, *China Report* (New Delhi, Indien), Vol. 48 (No. 3), August 2012, 317–326.

Jabin T. Jacob. „China and Vietnam: Neither Thick Friends nor Constant Antagonists“, *ICS Analysis*, No. 30, May 2015. <http://www.icsin.org/uploads/2015/05/15/e0027ca3a5b3be0710cd5a55a34a891c.pdf>.

Jabin T. Jacob. „China’s New Silk Road Diplomacy“. *Organiser*, Vol. 66 (No. 46), 17. Mai 2015. <http://organiser.org/Encyc/2015/5/9/Cover-Story-China%E2%80%99s-New-Silk-Road-Diplomacy.aspx?NB=&lang=3&m1=&m2=&p1=&p2=&p3=&p4=>.

Wang Yiwei. „Silk road’ diplomacy for inclusive growth“. *China Daily*, 24. September 2014. http://usa.chinadaily.com.cn/epaper/2014-09/24/content_18655020.htm.

People’s Daily. „China and ASEAN should focus on the whole picture of China-ASEAN relations“. 20. August 2014. <http://en.people.cn/n/2014/0820/c98649-8771809.html>.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“

ISSN 2364-8554